

Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone

Erwartungsgemäß war es das Gebiet der Finanzen, das Staatspräsident Müller, der ja auch zeitweise in Personalunion südwürttembergischer Finanzminister gewesen war, die meiste Zeit bei der Vorbereitung seines Parisbesuches kostete. Müllers Ziel war *eine drastische Senkung der Besatzungskosten in ihrem Gesamtumfang und in ihren einzelnen Ausdrucksformen*. Eine solche Reduzierung der Lasten war für Müller die unabdingbare Voraussetzung für *das von den Besatzungsmächten mit ihrer neuen Deutschlandpolitik verfolgte Ziel, die Lage Deutschlands und damit Westeuropas im Rahmen des Marshallplans gemäß den Londoner Beschlüssen zu verfassen*. Dabei war freilich zweifelhaft, ob gerade die französische Besatzungsmacht dieses Ziel aus Überzeugung anstrebte, oder ob nicht Frankreich mehr oder weniger auf diesen Weg gezwungen worden war. Das südwürttembergische Finanzministerium ließ auch keinen Zweifel daran, daß die außerordentlichen Belastungen des Landes zumindest z. T. auf einer fragwürdigen Rechtsgrundlage ruhten. Es hatte dazu spezielle Listen angefertigt und schrieb: *Die Erhebung legt auch im einzelnen dar, inwieweit diese Belastungen mit dem Völkerrecht in Einklang stehen, inwieweit sie unter Mißbrauch der Gestaltungsmöglichkeiten des Völkerrechts vorgenommen worden sind und inwieweit ein Verstoß gegenüber dem Völkerrecht vorliegt. Zahlreiche, von der Regierung des Landes gegen diese Maßnahmen vorgebrachten Einwände sind – zum Teil seit Jahren – unbeantwortet geblieben!*

Hier sollen nun nicht die vielfältigen, mit den Besatzungskosten verbundenen Probleme aufgegriffen werden⁴¹³. Herausgegriffen sei nur die für den Staatspräsidenten im erwähnten Zusammenhang erstellte Untersuchung der Requisitionsabteilung des Finanzministeriums, die vor allem auf die vom Land Württemberg-Hohenzollern zu bestreitenden Ausgaben für die infolge des Weltkriegs aus ihrer jeweiligen Heimat verschleppten Personen (PDR) einging⁴¹⁴.

Dabei monierte die deutsche Seite u. a. die nicht gerechtfertigte Zuerkennung des PDR-Status. Hierher gehört z. B. *der Fall des russischen Arztes Dr. NN in Wangen, der bereits 1917 im Zusammenhang mit der russischen Februar-Revolution als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist und seit dieser Zeit sich hier aufhält*. Neben solch eher kuriosen Fällen führte die Requisitionsabteilung freilich auch andere Fälle oder Gruppen auf, die sich etwa erst nach Einstellung der Feindseligkeiten nach Deutschland begeben hatten. So etwa: *Polen der Armee des General Anders, die zuvor in Italien und Palästina waren; Juden, die in Palästina nicht einwandern konnten und sich daher jetzt in Deutschland aufhalten; Tschechen, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind; Flüchtlinge vom Baltikum u. a. m.* Die Zulassung *neuer PDR* wie der genannten werde vor allem aus den Kreisen Sigmaringen, Freudenstadt, Hechingen, Münsingen und Ravensburg gemeldet. Die Requisitionsabteilung führte aus, daß das PDR-Problem für Württemberg-Hohenzollern besondere Bedeutung habe, da die dadurch entstehende finanzielle Belastung pro Kopf der Bevölkerung das Dreifache des von der französischen Besatzungsmacht für die gesamte französische Zone genannten Satzes betrage! Zudem werde den deutschen Stellen jeder Einblick in die Zahl der PDR und die Art ihrer Verteilung im Land verwehrt. Die Requisitionsabteilung räumte zwar die Gewährung des *politischen Asylrechts in dem unbedingt notwendigen Umfange* auch an die genannten Personen ein, wollte jedoch die besonderen Vergünstigungen abgeschafft sehen, *die in der französischen Zone der PDR-Status mit sich bringt*. Sie schrieb: *Der Bevölkerung ist auch nicht unbekannt, daß in der benachbarten*

413 In diesem Thema vgl. GUSTAV VON SCHMOLLER: Das Land Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besatzung. In: Württemberg-Hohenzollern 1945–1952 (wie Anm. 430), S. 217–232.

414 Die sog. PDR = Personnes déplacées wurden in den angloamerikanischen Zonen DP = Displaced Persons genannt. Über die DP's in der französischen Zone vgl. Sept ans d'activité en faveur des personnes déplacées en Zone Française d'Occupation 1945–1952 (Service des personnes déplacées du Haut Commissariat de la République Française en Allemagne) Baden-Baden 1952. Grundlegend im übrigen: Eine Studie über die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland (Institut für Besatzungsfragen) Tübingen 1950.